

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
<i>1. Teil: Einführung</i>	1
<i>2. Teil: Die geltende Rechtslage im englischen und deutschen Recht</i>	7
1. Kapitel: Die Rechtslage in England	9
§ 1 Einführung	9
§ 2 Historische Entwicklung	11
§ 3 Gegenwärtige Haftungstatbestände	23
2. Kapitel: Die Rechtslage in Deutschland	67
§ 1 Einführung	67
§ 2 Historische Entwicklung	68
§ 3 Die einzelnen Haftungstatbestände	71
§ 4 Zusammenfassung	137
<i>3. Teil: Vergleichende Betrachtung</i>	139
1. Kapitel: Einführung	141
§ 1 Die Gefahr der Haftungsausweitung durch einen einheitlichen Tatbestand für vorsätzliche Eingriffe in fremde vertragliche Beziehungen	141
§ 2 Der Einfluss der rationale als Argument gegen die Existenz eines einheitlichen Tatbestands für vorsätzliche Eingriffe in fremde Vertragsbeziehungen	144
§ 3 Zwischenergebnis	145
2. Kapitel: Die Beteiligung am Vertragsbruch eines anderen	147
§ 1 Der Umfang des in der Praxis erreichten Schutzes	147
§ 2 Richterlicher Entscheidungsspielraum	172
§ 3 Die Haftung im Kontext (delikts-)rechtlicher Wertungen	176
§ 4 Rechtspolitische Empfehlung	183

VIII

Inhaltsübersicht

3. Kapitel: Sonstige vorsätzliche Eingriffe in fremde Vertragsbeziehungen	191
§ 1 Der Umfang des in der Praxis erreichten Schutzes	191
§ 2 Richterlicher Entscheidungsspielraum	205
§ 3 Die Haftung im Kontext (delikts-)rechtlicher Wertungen	207
§ 4 Rechtspolitische Empfehlung	212
4. Teil: Zusammenfassung	219
Literaturverzeichnis	223
Sachregister	237

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

1. Teil

Einführung

1

2. Teil

Die geltende Rechtslage im englischen und deutschen Recht

7

<i>1. Kapitel: Die Rechtslage in England</i>	9
§ 1 Einführung	9
§ 2 Historische Entwicklung	11
A. Ausgangspunkt: Die Entscheidung <i>Allen v. Flood</i>	11
I. Inducing breach of contract	11
1. Die Entwicklung bis zur Entscheidung <i>Lumley v. Gye</i>	12
2. Die Schlussfolgerung in <i>Allen v. Flood</i>	14
II. Causing loss by unlawful means	15
III. Der Stand der Rechtsprechung nach <i>Allen v. Flood</i>	16
B. Die Rechtsprechung im 20. Jahrhundert: Entwicklung zu einem einheitlichen Haftungstatbestand	17
I. Die Interpretation von <i>Allen v. Flood</i> in <i>Quinn v. Leathem</i>	17
II. Die Unterscheidung zwischen direct und indirect interference: <i>DC Thomson & Co. Ltd. v. Deakin</i>	18
III. Die Abkehr vom Erfordernis der Vertragsverletzung: <i>Torquay Hotel Co. Ltd. v. Cousins</i>	22

§ 3 Gegenwärtige Haftungstatbestände	23
A. Die Entscheidung <i>OBG v. Allan</i> als Wendepunkt	23
I. Sachverhalte	24
II. Die Rechtsauffassung der Richter	25
B. Die Tatbestände im Einzelnen	28
I. Inducing breach of contract	28
1. Voraussetzungen und Rechtsfolge	29
a) Das Vorliegen eines Vertragsbruchs	29
b) Verleitungshandlung	30
aa) Inconsistent contractual dealings	32
bb) Advice	35
c) Subjektive Voraussetzungen	36
aa) Knowledge	36
bb) Intention	37
d) Rechtfertigung	39
e) Rechtsfolge: Schadensersatz	41
2. Zusammenfassung und abschließende Einordnung . . .	42
II. Causing loss by unlawful means	44
1. Voraussetzungen und Rechtsfolge	44
a) Unlawful means	44
aa) Narrow version	44
(1) Das Vorliegen eines actionable wrongs . . .	44
(2) Das Fehlen eines Schadenseintritts bei dem Dritten	46
(3) Das Erfordnis der faktischen Auswirkungen des wrongs auf die Beziehung zwischen dem Dritten und dem Vertragsgläubiger	48
(4) Zwischenfazit	49
bb) Wider version	50
cc) Weitere Entwicklungen nach <i>OBG v. Allan</i> . . .	53
b) Subjektive Voraussetzungen	55
aa) Der Vorsatz des Schädigers	55
bb) Das Motiv des Schädigers	57
cc) Zwischenergebnis und Ausblick	58
c) Rechtfertigung	59
d) Schaden	60
2. Zusammenfassung und abschließende Einordnung . . .	62
C. Abschließende Einordnung	64

2. Kapitel: Die Rechtslage in Deutschland	67
§ 1 Einführung	67
§ 2 Historische Entwicklung	68
§ 3 Die einzelnen Haftungstatbestände	71
A. Der Eingriff in fremde vertragliche Beziehungen als unerlaubte Handlung im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB	71
I. Der Schutz des Forderungsrechts als sonstiges Recht im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB	71
1. Einführung	71
2. Die einzelnen Auffassungen	71
a) Die Ansicht der Rechtsprechung	71
b) Die Auseinandersetzung der Literatur mit den Argumenten der Rechtsprechung	73
aa) Das Argument der Relativität von Schuldverhältnissen	73
bb) Der Verweis auf die Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Rechten im Rahmen von § 823 Abs. 1 BGB	74
cc) Die Beurteilung der Entstehungsgeschichte von § 823 Abs. 1 BGB	74
dd) Das Argument der nicht gewollten Einführung eines „Rechts zur Sache“	75
ee) Der Verweis auf die Existenz verschiedener Ausnahmeverordnungen	76
ff) Das Argument der Notwendigkeit eines Schutzes	76
c) Weitere Argumente für die Ablehnung eines Forderungsschutzes über § 823 Abs. 1 BGB	77
d) Gegenstimmen in der Literatur	78
aa) Die abweichende Sichtweise Fickers: Die Gegenständlichkeit der Forderung	78
bb) Die abweichende Sichtweise Koziols: Das Recht auf die „obligationsgemäße Willensrichtung“ des Schuldners	79
cc) Die abweichende Sichtweise Löwischs: Die Schutzbedürftigkeit des Rechts	80
e) Reaktionen auf die abweichenden Auffassungen	80
3. Zwischenergebnis	81
II. Der Schutz vertraglicher Beziehungen über das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als sonstiges Recht im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB	81

B.	Der Eingriff in fremde vertragliche Beziehungen bei Verletzung eines Schutzgesetzes im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB	84
C.	Der Eingriff in fremde Vertragsbeziehungen als vorsätzliche sittenwidrige Schädigung gemäß § 826 BGB	86
I.	Die Beteiligung am fremden Vertragsbruch als vorsätzliche sittenwidrige Schädigung gemäß § 826 BGB	86
1.	Einführung	86
2.	Voraussetzungen	87
a)	Das Vorliegen eines Vertragsbruchs	87
b)	Die Beteiligung am Vertragsbruch als sittenwidriges Verhalten im Sinne von § 826 BGB	88
aa)	Allgemeines zum Sittenwidrigkeitsbegriff	88
(1)	Die Anstandsformel der Rechtsprechung	89
(2)	Konkretisierungsansätze des Schrifttums	89
bb)	Die Beurteilung der Sittenwidrigkeit bei der Beteiligung am fremden Vertragsbruch	94
(1)	Die Auffassung der Rechtsprechung	94
(2)	Die Kritik des Schrifttums	97
(3)	Zwischenergebnis	102
c)	Subjektiver Tatbestand	103
3.	Rechtsfolge: Schadensersatz	104
II.	Die Anwendbarkeit des § 826 BGB bei sonstigen vorsätzlichen Eingriffen in fremde Vertragsbeziehungen	107
D.	Die Haftung für den Eingriff in fremde Vertragsbeziehungen nach den Vorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb	109
I.	Einführung	109
II.	Die lauterkeitsrechtliche Generalklausel in § 3 Abs. 1 UWG und ihre Konkretisierung	111
1.	Der Sittenwidrigkeitsbegriff des § 1 UWG (i. F. v. 1909)	111
2.	Der Unlauterkeitsbegriff des § 3 Abs. 1 UWG	114
III.	Der Tatbestand der gezielten Behinderung von Mitbewerbern gemäß §§ 3 Abs. 1, 4 Nr. 4 UWG	115
1.	Einführung	115
2.	Die Abwerbung von Mitarbeitern	117
a)	Einführung	117
b)	Verfolgung eines unlauteren Zwecks	117
c)	Einsatz eines unlauteren Mittels	118
aa)	Die Abwerbung ohne Vertragsbruch	118

bb) Die Abwerbung durch Verleiten zu einem oder Ausnutzen eines Vertragsbruchs	119
(1) Die Auffassung der Rechtsprechung	120
(2) Die Kritik des Schrifttums	123
(3) Die praktische Relevanz der unterschiedlichen Auffassungen	127
3. Die Abwerbung von Kunden	129
4. Der Einbruch in selektive Vertriebsbindungssysteme	131
5. Ergebnis zum Tatbestand der gezielten Behinderung von Mitbewerbern gemäß §§ 3 Abs. 1, 4 Nr. 4 UWG	132
IV. Sonstige lauterkeitsrechtliche Vorschriften	133
1. Allgemeines	133
2. Der Rechtsbruchtatbestand aus §§ 3 Abs. 1, 3a UWG	134
§ 4 Zusammenfassung	137

3. Teil

Vergleichende Betrachtung

139

<i>1. Kapitel: Einführung</i>	141
§ 1 Die Gefahr der Haftungsausweitung durch einen einheitlichen Tatbestand für vorsätzliche Eingriffe in fremde vertragliche Beziehungen	141
§ 2 Der Einfluss der rationale als Argument gegen die Existenz eines einheitlichen Tatbestands für vorsätzliche Eingriffe in fremde Vertragsbeziehungen	144
§ 3 Zwischenergebnis	145
<i>2. Kapitel: Die Beteiligung am Vertragsbruch eines anderen</i>	147
§ 1 Der Umfang des in der Praxis erreichten Schutzes	147
A. Das Verleiten zum Vertragsbruch	147
I. Voraussetzungen	148
1. Das Vorliegen eines Vertragsbruchs	148
a) Die Nichtigkeit beziehungsweise ordnungsgemäße Beendigung des Vertrags	149
b) Das Vorliegen einer nur „unwesentlichen“ Pflichtverletzung	149
c) Die Wirkung von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbeschränkungsklauseln	150

2. Verleitungshandlung	153
a) Allgemeines	153
b) Der Abschluss kollidierender Verträge	154
c) Die Beurteilung von Ratschlägen	155
d) Abgrenzung des Verleitens von einem bloßen Ausnutzen eines Vertragsbruchs	156
3. Subjektive Voraussetzungen	158
4. Rechtfertigung	159
II. Rechtsfolge: Schadensersatz	161
B. Sonstige Beteiligungen am fremden Vertragsbruch	161
I. Das Vorliegen eines Vertragsbruchs	162
II. Das Erfordernis besonderer Umstände	162
1. Kollusives Zusammenwirken des Außenstehenden und des Vertragsschuldners	162
2. Das Setzen eines wirtschaftlichen Anreizes	163
3. Die Verletzung einer besonderen Treuepflicht	164
III. Subjektive Voraussetzungen	164
IV. Rechtfertigung	166
V. Rechtsfolge: Schadensersatz	167
1. Allgemeines	167
2. Der Rechtsbehelf specific performance	168
3. Vorbeugender Rechtsschutz als funktionales Äquivalent	168
a) Die Untersagung einer Verleitungshandlung mittels einer injunction	168
b) Die Untersagung einer Verleitungshandlung nach dem Prinzip aus <i>De Mattos v. Gibson</i>	170
c) Fazit	171
C. Zusammenfassung	171
§ 2 Richterlicher Entscheidungsspielraum	172
§ 3 Die Haftung im Kontext (delikts-)rechtlicher Wertungen	176
A. Gründe für die Ablehnung einer Haftung	176
I. Die privity of contract-Doktrin beziehungsweise der Relativitätsgrundsatz	176
II. Die eingeschränkte Ersatzfähigkeit von reinen Vermögensschäden	177
B. Gründe für die Bejahung einer Haftung	179
I. Der Akzessorietätsgedanke des englischen Rechts	179
II. Die Berücksichtigung des Akzessorietätsgedankens im deutschen Recht	180
III. Fazit	183

§ 4 Rechtspolitische Empfehlung	183
A. Das Bestehen einer Schadensersatzpflicht	183
B. Die systematische Einordnung	187
C. Fazit und Ausblick	188
<i>3. Kapitel: Sonstige vorsätzliche Eingriffe in fremde Vertragsbeziehungen</i>	191
§ 1 Der Umfang des in der Praxis erreichten Schutzes	191
A. Das Handeln in Schädigungsabsicht	191
B. Rechtswidrige Handlungen	193
I. Verstöße gegen Vorschriften des Lauterkeitsrechts	193
II. Sonstige Rechtsverstöße	195
1. Der Verstoß gegen Tatbestände des Strafrechts	196
2. Zivilrechtlich sanktionierte Verhaltensweisen	197
3. Zwischenergebnis	200
C. Fallbeispiele	200
I. Der Fall <i>Douglas v. Hello!</i>	200
II. Der Fall <i>GWK Ltd. v. Dunlop Rubber Co.</i>	202
III. Die Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit des Schuldners	202
IV. Vertragliche Pflichtverletzungen des Außenstehenden	203
D. Zusammenfassung	205
§ 2 Richterlicher Entscheidungsspielraum	205
§ 3 Die Haftung im Kontext (delikts-)rechtlicher Wertungen	207
A. Der Einfluss der systematischen Einordnung von Wettbewerbssachverhalten	207
B. Das Handeln in Schädigungsabsicht	208
C. Der Einfluss des Schutzzweckgedankens	209
D. Zusammenfassung	211
§ 4 Rechtspolitische Empfehlung	212
<i>4. Teil</i>	
Zusammenfassung	
219	
Literaturverzeichnis	223
Entscheidungsregister	233
Sachregister	237